



Presseinformation

Nr. 235 / 2013

Bildung / Oberstufen

Kiel, Mittwoch, 15. Mai 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Kirchturmpolitik muss ein Ende haben

Zur Ankündigung des Bildungsministeriums, zehn neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zu genehmigen, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Unsere grundsätzliche Kritik an der Errichtung weiterer Oberstufen bleibt erhalten: Neue Oberstufen führen zu einem unnötigen Konkurrenzkampf zwischen den Schulen um Schülerinnen und Schüler. Hinzu kommt, dass Lehrerressourcen aufgebracht werden müssen, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden können. Auch müssen die Schulträger erhebliche Investitionen tätigen – mit der Gefahr, dass diese dann in naher Zukunft zu Investitionsruinen werden. Bei allem Verständnis für die Eltern vor Ort, die sich eine wohnortnahe Oberstufe verständlicherweise wünschen, müssen wir hier aus bildungs- und finanzpolitischen Gründen mit dieser Kirchturmpolitik aufhören. Es macht einfach keinen Sinn, jetzt überall Kleinstoberstufen mit entsprechend beschränktem Profilangebot zu etablieren, wenn diese dann in wenigen Jahren wieder aufgrund fehlender Schülerzahlen geschlossen werden müssen.“

In dieser Frage sehen wir uns auch in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Erst in der letzten Umfrage des NDR vom 7. Mai haben sich 73 Prozent sowohl dagegen ausgesprochen, dass das Abitur an Gymnasien in der Regel nach acht Jahren abgelegt wird, als auch an Gemeinschaftsschulen nach neun Jahren. Damit werden neue Oberstufen durch die Mehrheit klar abgelehnt.

Interessant ist auch die Genehmigung für den Standort Sandesneben. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage (Drs. 18/484) hat die Landesregierung im Februar für Sandesneben noch klar ausgeführt, dass sich für diesen Standort nicht mit ausreichender Wahrscheinlichkeit genügend Schüler prognostizieren lassen. Die FDP wird daher nachhaken, was sich an dieser Analyse geändert hat.“